

Wissenschaftsstandort Saarland zukunftsfest machen

13 Forderungen für eine qualitativ hochwertige Lehre und Forschung

Von Markus Tressel, MdB und Patrick Ginsbach, Bundestagsdirektkandidat

Das Gebäude C 5.2 ist mittlerweile Sinnbild für den massiven Sanierungsstau und die rigide Sparpolitik der Großen Koalition an den saarländischen Hochschulen. Mit ihrem Sparkurs bringt die Landesregierung die Hochschullandschaft immer mehr in eine dramatische Abwärtsspirale. Dabei sind die saarländischen Hochschulen zentrale Orte des Lehrens, des Forschens und der Erneuerung im Land und bieten durch ihre wissenschaftlichen Impulse sowie Innovations- und Gründungsfreudigkeit die Voraussetzungen für sichere Arbeitsplätze und gute Lebensbedingungen für die Saarländerinnen und Saarländer.

Erfolgreiche Hochschulen benötigen Verlässlichkeit und entsprechende Freiräume. Die Große Koalition hat den Etat der Hochschulen hingegen bis 2020 erstmal eingefroren. Zudem muss ein Großteil der Tarif- und Energiekostensteigerungen durch Ausgabenkürzungen finanziert werden. Diese Sparmaßnahmen machen Einsparungen in Höhe von rund 7,5 Prozent laut Landeshochschulentwicklungsplan notwendig.

Die Folgen dieser Kahlschlagpolitik sind unvermeidlich: der Rückbau von Fakultäten, die Streichung von Fächern, die Einschränkung von Serviceangeboten für Studierende, Personalabbau und nicht zuletzt die Schließung des Botanischen Gartens. Dabei sind prekäre Beschäftigungsverhältnisse bereits seit Langem an der Tagesordnung; wissenschaftliche Mitarbeiter und Verwaltungspersonal sind am Rande der Leistungsfähigkeit und beklagen teils extreme Arbeitsverdichtung.

Hinzu kommt der enorme Sanierungsstau an den Gebäuden. Diese beziffert die Universität inzwischen auf 400 Millionen Euro. Offenbar ist jedes zehnte Gebäude von der Schließung bedroht. Bei den Gebäuden C 5.2 und C 5.3 ist der Ernstfall bereits eingetreten und ein geordneter Lehr- und Forschungsbetrieb heute schon nicht mehr möglich. Die geografische Lage des Uni-Campus lässt zudem fast keine Neuansiedlungen zu.

Um den Wissenschaftsstandort Saarland zukunftsfest zu machen, erheben wir folgende Forderungen:

1. Sparkurs unverzüglich stoppen

Die Hochschulen im Saarland benötigen endlich eine auskömmliche, verlässliche Finanzierung. Die Große Koalition muss unverzüglich ihren rigiden Sparkurs beenden. Die Grundfinanzierung muss gestärkt, sowie Tarif- und Energiekostensteigerungen vollumfänglich durch das Land übernommen werden. Globalhaushalte mit Mehrjährigkeit und Deckungsfähigkeit, die mit Berichtspflichten und klaren Rahmenbedingungen einhergehen, sind unabdingbar zur Sicherung der verfassungsmäßig garantierten Hochschulautonomie.

2. Sanierungsstau auflösen

Qualitativ hochwertige Forschung und Lehre können nicht in maroden Hochschulgebäuden oder gar Zelten praktiziert werden. Für die zügige Umsetzung der Baumaßnahmen ist es dringend erforderlich, die Bauherrenfunktion vom Land auf die Hochschulen zu übertragen, den Bauhaushalt aufzustocken und ihnen das dafür benötigte

Personal zur Verfügung zu stellen sowie nach dem Desaster bei dem HTW-Hochhaus auf öffentlich-private Partnerschaften gänzlich zu verzichten. Bei notwendigen Gebäudeschließungen muss für die Übergangszeit ein alternatives Unterbringungskonzept in bestehenden Räumlichkeiten organisiert oder modulare Containergebäude errichtet werden. Gebäudelösungen außerhalb Saarbrückens sind unbedingt zu vermeiden.

3. Campus-Entwicklungsplan aufsetzen

Auf Grund der geografischen Lage sind auf dem bestehenden Uni-Campus Neuan-siedlungen nur schwer oder gar nicht mehr möglich. Als technische Hochschule böte beispielsweise die HTW am Campus Alt-Saarbrücken den Ankerpunkt zum sukzessiven Aufbau eines zweiten Wissenschafts-Campus in attraktiver Innenstadtlage unter Hinzuziehung des Stadtwerke- und Messegeländes, was auch mit der dringend notwendigen Aufwertung des Stadtteils Alt-Saarbrücken verbunden wäre. Auch andere Standorte für ein derartiges Wissenschaftsquartier, gegebenenfalls auch mit der Nutzung bestehender Gebäude könnten geprüft werden.

4. Forschungsgelder und Kompensationsmittel nicht mehr zweckentfremden

Als Folge des rigiden Sparkurses der Großen Koalition ist die Universität gezwungen, Forschungsgelder und Kompensationsmittel zweckzuentfremden. So sollen Forschungsgelder für die Sanierung maroder Gebäude verwendet werden. Die Kompensationsmittel aus dem Wegfall der Studiengebühren werden bereits zur Aufrechterhaltung des Lehrangebotes verwendet, statt wie vorgesehen die Studien- und Lehrqualität zu verbessern. Diese Praxis muss durch eine auskömmliche Finanzierung aus dem Landeshaushalt beendet werden.

5. Hochschulentwicklungsplan grundlegend überarbeiten

Der derzeitige Hochschulentwicklungsplan ist eine Bankrotterklärung der Großen Koalition im Hinblick auf eine zukunftsweisende Hochschulpolitik. Die Große Koalition erhebt darin die illusorische Forderung, mehr Leistung bei erheblich weniger Geld abzuliefern und wirft zudem das Prinzip der Hochschulautonomie über Bord, indem sie Vorgaben bis hinein in den Bereich einzelner Professuren und Verwaltungsposten macht. Der Hochschulentwicklungsplan ist daher dringend zu überarbeiten.

6. Qualität der Lehre erhöhen

An der Universität werden Tutorien gestrichen und Bibliotheksöffnungszeiten immer weiter eingeschränkt. Studienbegleitende Tutorien, ein nutzerfreundliches Bibliotheksangebot, moderne Technikausstattung und Räume sowie ein gutes Betreuungsverhältnis zwischen Hochschullehrenden und Studierenden müssen zukünftig wieder selbstverständlich und noch besser werden.

7. Arbeitsbedingungen verbessern

Viele Lehrende und Forschende mit befristeten Verträgen benötigen endlich eine verlässliche Zukunftsperspektive. Auch insgesamt muss der Anteil befristeter Verträge endlich deutlich verringert werden. Nur so kann der Arbeitsplatz Hochschule attraktiver werden.

8. Mehr Frauen in Führungspositionen

Das Präsidium und insbesondere viele Lehrstühle sind immer noch mehrheitlich oder überwiegend mit Männern besetzt. Es sind deutlich mehr Anstrengungen zu unternehmen, um Geschlechterparität in Forschung, Lehre und Verwaltung zu erreichen und auch mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen.

9. Öffnung der Hochschulen für Diversität und Chancengerechtigkeit

Die Hochschulen müssen sich für Menschen mit unterschiedlichen Zugangsvoraussetzungen und Biografien öffnen. Dazu können differenzierte Lehr- und Lernangebote vom klassischen Präsenzstudium bis hin zum Fernstudienangeboten einen Beitrag leisten. Gleichzeitig sind die Chancen der Digitalisierung zu nutzen und durch Onlineangebote Möglichkeiten zu schaffen, berufsbegleitendes Lernen oder Weiterbildungen zu organisieren und den Zugang zur Hochschulbildung einem breiten Interessentenkreis zu öffnen.

10. Innovationen für eine nachhaltige Entwicklung

Eine Innovationsstrategie zur Beschleunigung des Strukturwandels mit einer Priorisierung zentraler, auch grüner Zukunftsthemen ist dringend erforderlich. Dazu gehört die ressourcenschonende Produktion in Wirtschaft und Industrie ebenso wie die Digitalisierung, der Ausbau und die Nutzung der erneuerbaren Energien und der Querschnittsbereich der Nachhaltigkeit.

11. Wiedereröffnung des Botanischen Gartens

Der Botanische Garten als Bildungs- und Kulturort muss wiedereröffnet werden und Kooperationen mit den saarländischen Zoos oder dem Deutsch-Französischen-Garten geprüft werden. Die Finanzierung kann zum Beispiel durch Mittel aus dem Kulturfonds des Saarlandes gewährleistet werden.

12. Drittmittelforschung transparent machen

Transparenz schützt die Forschungsfreiheit und liegt im Interesse der Wissenschaft. Deshalb muss privat wie auch öffentlich finanzierte Drittmittelforschung deutlich transparenter werden und in einer öffentlich zugänglichen Forschungsdatenbank mit Inhalten, Geldgeber und Fördersummen publiziert werden.

13. Stärkere Vernetzung der Hochschulen im In- und Ausland.

Die saarländischen Hochschulen müssen mit den Hochschulen im Saar-Lor-Lux-Raum noch stärker vernetzt werden. Neue, innovative oder auch internationale Studiengänge sind durch eine stärkere Bündelung und Kombination von Fachwissen über die Landesgrenzen hinweg kostenneutraler für die Gesamtregion anzustoßen. Die gleichzeitige Einschreibung an zwei bis drei Hochschulen der Region muss genauso möglich werden, wie ein grenzüberschreitendes Semesterticket.